



# Im Westen nichts Neues

**Personalkosten.** Westdeutschland gehörte auch 2014 zu den Industriestandorten mit den weltweit höchsten Arbeitskosten. Nur in einigen kleineren Ländern – Norwegen, Schweiz, Belgien, Dänemark und Schweden – mussten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes noch höhere Lasten schultern.

Die Arbeitskosten setzen sich aus vielen Bestandteilen zusammen. Zum Bruttolohn und -gehalt eines Mitarbeiters – dem sogenannten Direktentgelt – kommen als größter Posten die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hinzu. Ins Gewicht fallen aber auch die betriebliche Altersvorsorge und die sonstigen Zusatzkosten – dazu zählen die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, Entlassungsentschä-

digungen, Kantinenzuschüsse, Familienbeihilfen (vgl. iwd 27/2015). Zählt man alles zusammen, dann zeigt sich (Grafik Seite 2):

**Mit Arbeitskosten von 39,97 Euro je Stunde war Westdeutschland 2014 der sechstste Industriestandort der Welt.**

Weitaus günstiger produzierte die Industrie in den angelsächsischen Ländern – in den USA kostete die Arbeitsstunde umgerechnet 27 Euro

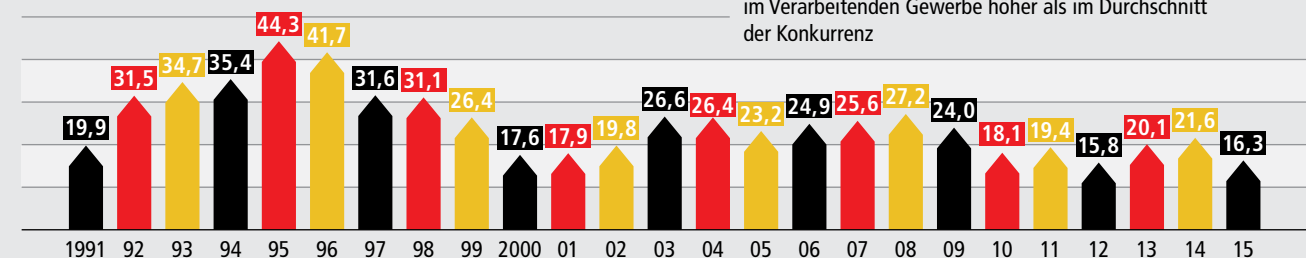
und in Großbritannien 26 Euro. In dieser Liga spielt auch Ostdeutschland mit 25 Euro pro Stunde.

**Die Arbeitskosten in den südeuropäischen Krisenländern blieben auch 2014 mit 11 bis 23 Euro die Stunde zum Teil weit unter dem deutschen und angelsächsischen Niveau.**

Auch die Personalzusatzkosten – alles, was zusätzlich zum Lohn für tatsächlich geleistete Arbeit gezahlt wird – sind nur in wenigen Ländern höher als in Deutschland. Im westdeutschen Produzierenden Gewerbe kommen auf je 100 Euro Direktentgelt 76 Euro Personalzusatzkosten. In Belgien sind es 100 Prozent, →

## Die Arbeitskostenposition Deutschlands

Um so viel Prozent waren die deutschen Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe höher als im Durchschnitt der Konkurrenz



Konkurrenz: EU-15 ohne Deutschland, Norwegen, Schweiz, Kanada, USA gewichtet mit den jeweiligen Anteilen am Weltexport der Jahre 2012 bis 2014; 2015: berechnet mit den Wechselkursen vom September 2015 unter der Annahme, dass die Arbeitskosten in nationaler Währung in allen Ländern gleich stark ansteigen  
Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, nationale Quellen, U.S. Department of Labor

iw Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 45

## Inhalt

### Lohn- und Tarifpolitik.

Bisher haben die Gewerkschaften nur selten eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen durchsetzen können.  
Seite 3

### Zeitarbeit.

Für die Wirtschaft ist Zeitarbeit zu einem unverzichtbaren Instrument geworden. Die Vorurteile gegen diese Beschäftigungsform erweisen sich als haltlos.  
Seite 4-5

### Investitionen.

In vielen Ländern wird nach wie vor weniger investiert als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009.  
Seite 6

### Bürokratie.

Unternehmensgründern in Deutschland machen bürokratische Vorschriften noch immer das Leben schwer.  
Seite 7

### Jugend.

Die heutigen 12- bis 25-Jährigen haben weniger Sorgen als ihre Altersgenossen früherer Generationen.  
Seite 8

iw Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ also ein zweites Gehalt, in Österreich betragen die Extras 92 Prozent des Direktentgelts und in Italien 89 Prozent.

Verantwortlich für diese Spitzenwerte sind die Sozialbeiträge, die in den drei Ländern zu einem Großteil von den Arbeitgebern geschultert werden müssen – in Deutschland teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Beitragslast brüderlich.

**In der dänischen Industrie beträgt die Zusatzkostenquote nur 38 Prozent, weil die soziale Sicherung überwiegend steuerlich finanziert wird.**

Gegen den reinen Vergleich der industriellen Arbeitskosten wird immer wieder eingewendet, dass über Vorleistungen auch die Arbeitskosten der Dienstleister in den Preis eines Produkts einfließen. Sind deren Arbeitskosten – wie etwa in Deutschland – im Vergleich zur Industrie relativ günstig, schneidet ein Standort tatsächlich besser ab, als es allein das Kostenranking des Verarbeitenden Gewerbes aussagt.

Allerdings sind auch bei dieser Betrachtungsweise in Deutschland 72 Prozent der produktbezogenen Arbeitskosten hausgemacht. Das heißt: Selbst wenn man die Lohnkosten der Vorleister im Rahmen einer Mischkalkulation einbezieht, ändert sich an der internationalen Arbeitskostenrangliste wenig. Deutschland steht dann auf Rang sieben.

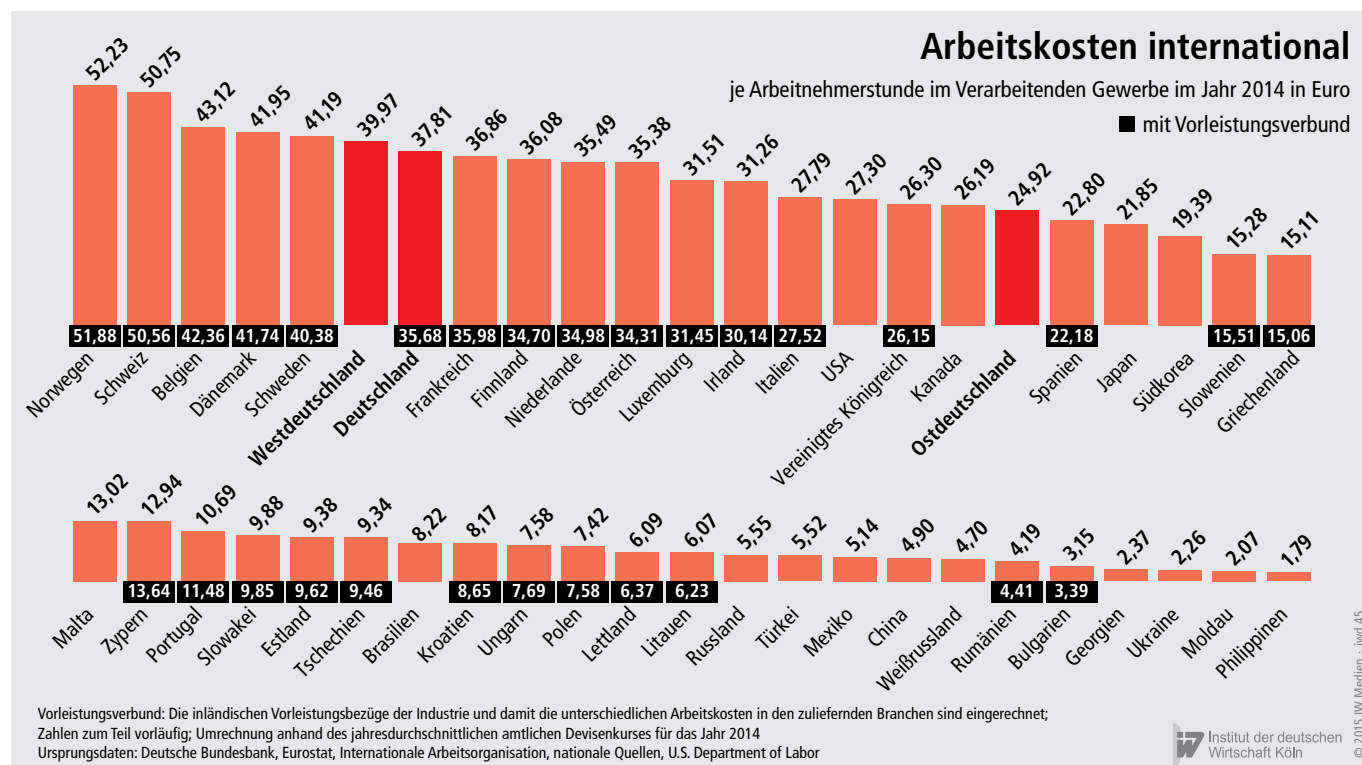
In diesem Jahr wird die deutsche Arbeitskostenposition durch zwei Faktoren beeinflusst:

**1. Gehälter.** Die Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe sind im ersten Halbjahr 2015 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um gut 3 Prozent gestiegen. Damit ergibt sich bei fast konstanten Verbraucherpreisen für die Arbeitnehmer ein deutlicher Kaufkraftgewinn. Da sich die Sozialversicherungsbeiträge 2015 kaum ändern, werden die Arbeitskosten ungefähr im gleichen Tempo steigen. Damit hat Deutschland erneut eine deutlich höhere Kostendynamik zu meistern

als der Durchschnitt des Euroraums, wo die Arbeitskosten im ersten Halbjahr 2015 nur um knapp 2 Prozent gestiegen sind.

**2. Wechselkurse.** Günstiger wird die Entwicklung im Vergleich zu Ländern außerhalb des Währungsraums (Grafik Seite 1). Denn der Euro hat im Jahr 2015 deutlich abgewertet: In den ersten neun Monaten notierten das Britische Pfund um 11 Prozent höher als im Jahresdurchschnitt 2014, der Schweizer Franken um 14 Prozent und der US-Dollar sogar um 19 Prozent. Dadurch hat sich die deutsche Arbeitskostenposition gegenüber diesen Ländern klar verbessert.

Die Schweiz wird durch die Frankenaufwertung in diesem Jahr die Spitze der Arbeitskostenrangliste übernehmen und Norwegen ablösen. Wettbewerbsverbesserungen für die deutsche Wirtschaft aufgrund von Wechselkursänderungen sind jedoch nicht dauerhaft und können schnell ins Gegenteil umschlagen.



# Bitte Abstand wahren

**Lohn- und Tarifpolitik.** In den Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes fordert ver.di regelmäßig eine überproportionale Anhebung der unteren Lohngruppen. Bislang konnten sich die Gewerkschaften mit dieser Sockelei aber nicht durchsetzen.

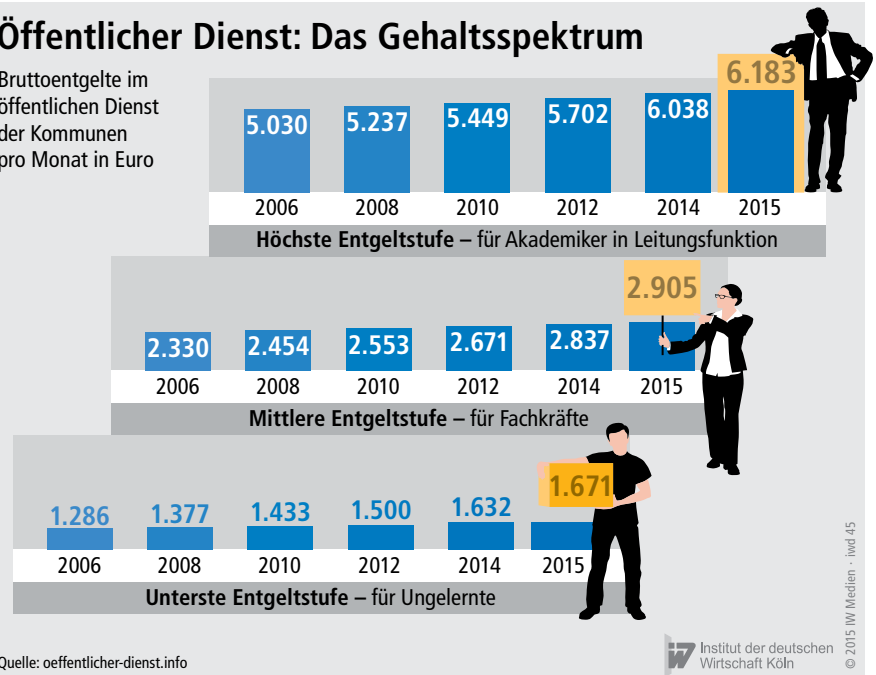
Vor zehn Jahren wurde der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) zunächst beim Bund und in den Kommunen und ein Jahr später in den Ländern eingeführt. Mit dieser großen Entgeltreform wurden alte Zöpfe wie die Bezahlung nach dem Lebensalter abgeschnitten und durch zeitgemäßere Vergütungselemente ersetzt. Neben einem festen Grundlohn gibt es seitdem auch im öffentlichen Dienst eine leistungsabhängige Vergütung.

Ein anderes Ziel der damaligen Reform war es, weitere Auslagerungen öffentlicher Aufgaben in private Unternehmen zu verhindern. Dazu wurde die Bezahlung in der untersten Lohngruppe so gehalten, dass ein ausreichender Abstand zu den oberen Gruppen gewahrt blieb, um wettbewerbsfähig zu werden und zu bleiben.

Zwar hat ver.di seitdem in den Tarifverhandlungen immer wieder versucht, mit einer überproportionalen Anhebung der unteren Lohngruppen eine „soziale Komponente“ durchzusetzen. So forderte die Gewerkschaft 2012 nicht nur eine Lohnerhöhung um 6,5 Prozent, sondern auch, die Entgelte um mindestens 200 Euro zu erhöhen – das hätte die unterste Entgeltgruppe um fast 14 Prozent angehoben. Ähnlich wurde 2014 gefordert, die Entgelte

## Öffentlicher Dienst: Das Gehaltsspektrum

Bruttoentgelte im öffentlichen Dienst der Kommunen pro Monat in Euro



um 100 Euro plus 3,5 Prozent anzuheben. Dies wäre auf eine Erhöhung um 10 Prozent hinausgelaufen.

Doch weit ist die Gewerkschaft mit ihrem Ansinnen nicht gekommen. Zwar ist die unterste Lohngruppe zwischen 2006 und 2015 mit 30 Prozent etwas stärker angehoben worden als die mittlere (25 Prozent) und die oberste (23 Prozent). Die Abstände haben sich dadurch aber nur geringfügig verändert (Grafik):

**Im Jahr 2006 kam die unterste Lohngruppe auf 55 Prozent der mittleren und 26 Prozent der obersten Entgeltgruppe – heute sind es mit 58 und 27 Prozent nicht viel mehr.**

Dass die Lohnabstände weitgehend gewahrt worden sind, liegt auch daran, dass ver.di seit 2006 nur selten ihre „soziale Komponente“ durchsetzen konnte. Der Abschluss im Jahr 2014 allerdings bestand aus einer Lohnerhöhung in zwei Stufen: Zunächst wurden 3,0 Prozent, mindestens aber 90 Euro mehr gezahlt.

Dadurch stieg das Entgelt in der untersten Gruppe mit 5,8 Prozent fast doppelt so stark an wie in den mittleren und höheren Entgeltgruppen. In der zweiten Stufe gab es dann einheitlich 2,4 Prozent.

Da die Laufzeit des derzeitigen Tarifvertrags im Februar 2016 endet, stehen im Winter neue Verhandlungen ins Haus. In welchem Ausmaß die Gewerkschaften wiederum auf eine überdurchschnittliche Erhöhung der unteren Entgeltgruppen pochen, wird auch von der Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns abhängen.

Im Sommer 2016 wird erstmals darüber beraten, ob und wie stark er angehoben werden soll. Würde der Mindestlohn, wie von der Linkspartei gefordert, auf 10 Euro steigen, läge der Mindestmonatsverdienst einer Vollzeitkraft schon bei 1.689 Euro. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die Tarifpolitik – nicht nur im öffentlichen Dienst.

# Ein Erfolgsmodell

**Zeitarbeit.** Für die Wirtschaft ist sie längst zu einem unverzichtbaren Instrument geworden: Durch Zeitarbeit können Unternehmen ihre betriebliche Flexibilität wahren, Auftragsspitzen abdecken und das eigene Wachstum sichern. Auch für viele Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte bietet Zeitarbeit Perspektiven, die sie am klassischen Arbeitsmarkt nicht finden.

Die Zeitarbeit (Kasten Seite 5) hat in Deutschland – anders als zum Beispiel in den Niederlanden und in den USA – gegen eine Reihe von Vorurteilen anzukämpfen:

**Vorurteil 1: Zeitarbeit gefährdet Stammbeschaftungen.** Dafür gibt es keinerlei Beleg, denn die Zahlen zeigen ganz das Gegenteil: Inzwischen haben 46 Prozent der 15- bis 64-jährigen Bundesbürger eine klassische unbefristete Vollzeitstelle – vor zehn Jahren waren es erst knapp 41 Prozent (Grafik).

Im Maschinenbau ging laut dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau zwischen 2011 und 2013 die Zahl der Zeitarbeitnehmer um 1.000 zurück, während die Stammbeschaftung um mehr als 50.000 Köpfe wuchs.

Die Kunden der Zeitarbeitsbranche spielen also nicht die eigenen Mitarbeiter gegen andere aus – zumal sie das Spezialwissen der Zeitarbeitnehmer meist für zeitlich begrenzte Projekte benötigen.

Des Weiteren setzen vor allem Unternehmen mit Personalengpässen häufig auf Zeitarbeit, wie Untersuchungen der Bertelsmann Stiftung zeigen. Sie trauen den auf die Personalsuche spezialisierten Zeitarbeitsfirmen zu, vakante Stellen schneller zu besetzen. So bleibt zum Beispiel eine Stelle im Maschinenbau ohne den Einsatz von Zeitarbeitnehmern 117 Tage unbesetzt, mit Zeitarbeitern aber nur 108 Tage.

**Vorurteil 2: Drehtüreffekt für Arbeitslose.** Zwei Drittel der 2014 neu eingestellten Zeitarbeiter hatten zu-

vor keinen Job (Grafik Seite 5). Bei jedem Zehnten lag der letzte Job länger als ein Jahr zurück.

**Nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit stellt keine andere Branche anteilig so viele Arbeitslose ein wie Zeitarbeitsfirmen.**

Ein Drehtüreffekt ist bei der Zeitarbeit in der überwiegenden Zahl der Fälle nicht festzustellen – schnell rein und wenig später wieder raus ist die Ausnahme. Auf lange Sicht kann der Einstieg über die Zeitarbeit also die Chancen erhöhen, in eine klassische Vollzeitbeschäftigung zu wechseln. Zeitarbeit ist damit ein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt. Das gilt vor allem für Geringqualifizierte. Denn mehr als die Hälfte aller Stellen in der Branche sind Jobs, für die in der Regel keine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist. In der Gesamtwirtschaft liegt der Anteil an Hilfskräften dagegen bei nur 14 Prozent.

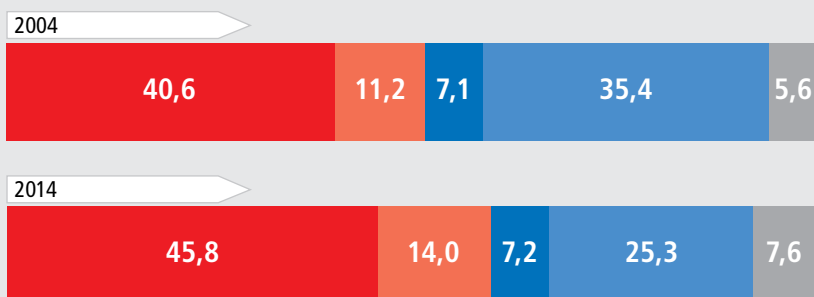
Beschäftigte in der Zeitarbeit sammeln durch ihren Einsatz in verschiedenen Unternehmen wichtige Praxiserfahrungen. Sie erwerben außerdem jobspezifisches Fachwissen. Das verbessert ihre langfristigen Beschäftigungsperspektiven.

**Vorurteil 3: Zeitarbeitsfirmen unterlaufen Tarifverträge.** Tarifverträge sichern nahezu jedes Arbeitsverhältnis in der Zeitarbeit durch Mindeststandards ab; 2012 haben die Sozialpartner zudem eine verbindliche Lohnuntergrenze festgelegt. Sind Zeitarbeitnehmer mindestens vier bis sechs Wochen in einem Betrieb eingesetzt, haben sie je nach Branche Anrecht auf Lohnzuschläge. Die Zuschläge steigen stufenweise – und

## Zeitarbeit: Keine Gefahr für Stammbeschaftungen

So viel Prozent der 15- bis 64-Jährigen in Deutschland ...

■ ... hatten eine unbefristete Vollzeitstelle ■ ... waren in Teilzeit, als Zeitarbeitnehmer, befristet oder geringfügig beschäftigt ■ ... waren selbstständig ■ ... waren erwerbslos oder nicht berufstätig ■ Sonstige



Sonstige: Personen in Ausbildung, Zivildienst etc.  
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 45

erreichen in der Metall- und Elektro-Industrie sowie in der Chemie nach neun Monaten 50 Prozent.

**Vorurteil 4: Zeitarbeitskräfte werden entlassen, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.** In der Zeitarbeitsbranche sind 87 Prozent der Arbeitnehmer in Vollzeit beschäftigt – über alle Branchen hinweg trifft dies nur auf drei von vier sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu.

**Mehr als 80 Prozent der Zeitarbeitskräfte haben einen unbefristeten Arbeitsvertrag.**

Ihr Beschäftigungsverhältnis besteht also in der Regel auch nach dem Ende eines Einsatzes weiter. Auch wenn der Arbeitgeber nicht sofort eine neue Aufgabe hat, zahlt er den Lohn fort.

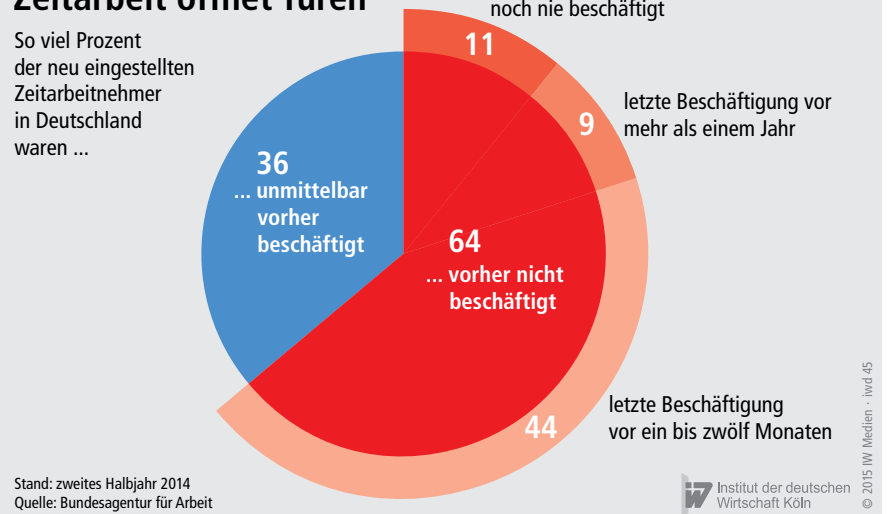
**Vorurteil 5: Zeitarbeitnehmer haben keine Chance auf Übernahme.** Die Zahlen zeichnen ein anderes Bild. Drei von vier Unternehmen nutzen laut einer 2014 veröffentlichten Umfrage des Dienstleisters Page Personnel Zeitarbeit als Rekrutierungsinstrument für das eigene Unternehmen. Einem Viertel der eingesetzten Spezialisten wurde ein Übernahmeangebot gemacht.

**Die Erprobung von Arbeitskräften wird von vielen Unternehmen als Hauptargument für den Einsatz von Zeitarbeitern genannt.**

Hinzu kommt: Etwa ein Drittel der bei der Arbeitsagentur gemeldeten offenen Stellen stammt von Zeitarbeitsfirmen – diese übernehmen somit für viele Unternehmen eine Vorauswahl der Arbeitssuchenden und machen sie über Weiterbildungen für die Kundenunternehmen noch attraktiver.

## Zeitarbeit öffnet Türen

So viel Prozent der neu eingestellten Zeitarbeitnehmer in Deutschland waren ...



Nun will die Bundesregierung gesetzlich festlegen, dass Zeitarbeiter nach einer Frist von neun Monaten denselben Lohn wie vergleichbare Beschäftigte erhalten müssen. Sie missachtet damit nicht nur die Tarifautonomie, denn 100 Prozent der Zeitarbeitsfirmen verfügen über Tarifverträge.

Auch Hilfsarbeiter verlieren dadurch Jobchancen: Fast die Hälfte der Unternehmen, die das Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2014 befragt hat, würde ihre zeitarbeitenden Helfer vor Ablauf der Neun-

Monats-Frist durch andere Zeitarbeiter ersetzen, 30 Prozent würden die betroffenen Aufgabenbereiche sogar auslagern oder aufgeben.

Die Große Koalition will die Zeitarbeits-Schrumpfkur außerdem mit einer maximalen Einsatzdauer von 18 Monaten komplettieren. Das würde immerhin bis zu 20 Prozent der Zeitarbeitnehmer betreffen, die länger als 18 Monate im Einsatz sind. Den Arbeitnehmern hilft das nicht: Sie verlieren die Möglichkeit, über einen längeren Zeitraum von Zuschlagstarifen zu profitieren.

## Zeitarbeit – was ist das?

Zeitarbeit hat sich in der deutschen Wirtschaft als eigenständige Branche etabliert. Zeitarbeitsfirmen überlassen den Kundenunternehmen ihre Arbeitnehmer im Rahmen einer doppelten Vertragsbeziehung: zum einen zwischen Zeitarbeitsfirma und Kundenunternehmen, zum anderen zwischen Zeitarbeitsfirma und Arbeitnehmer. Dabei gelten für Zeitarbeitnehmer Tarifverträge und Gesetze, sodass Arbeitsbedingungen, Entlohnung und andere berufliche Fragen eindeutig geregelt sind. Zeitarbeitnehmer haben also die gleichen Rechte wie alle abhängig Beschäftigten auch.

Für viele Unternehmen ist Zeitarbeit unverzichtbar, um betriebliche Flexibilität herzustellen. Die schnelle Verfügbarkeit ist insbesondere für produzierende Unternehmen wichtig, um Auftragsspitzen zu bewältigen und Konjunkturschwankungen auszugleichen.

Empirische Untersuchungen zeigen: Mit dem Einsatz von Zeitarbeit ist ein Produktivitätsgewinn verbunden. Da vorwiegend große Industrieunternehmen zu den Nutzern gehören, wirkt sich dieser Effizienzgewinn auch positiv auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft aus und sichert auf diese Weise sogar Arbeitsplätze in anderen Branchen.

# Schmerzlicher Rückschlag

**Investitionen.** Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 hat die globale Investitionstätigkeit zwar kräftig zugelegt. Das Vorkrisenniveau ist aber vielerorts noch nicht wieder erreicht – und im Jahr 2015 werden die weltweiten Investitionen voraussichtlich sogar sinken.

Die Weltwirtschaft drosselt in diesem Jahr merklich ihr Tempo. Vor allem die großen aufstrebenden Volkswirtschaften haben ihre Wachstumserwartungen zurückgeschraubt. So gehen Konjunkturexperten für China mittlerweile nur noch von einer Zunahme der Wirtschaftsleistung um 6,8 Prozent in diesem Jahr aus – im Herbst 2014 standen die Prognosen noch auf 7,1 Prozent. Für Brasilien wird derzeit sogar ein Minus von 3 Prozent erwartet – statt der vor einem Jahr vorhergesagten plus 1,4 Prozent.

Weil die globale Wirtschaft schwächelt, geben private Firmen und der Staat in vielen Ländern weniger Geld aus, um zum Beispiel die Produktionskapazitäten zu erweitern oder neue Straßen zu bauen.

Auf Basis der Daten des Internationalen Währungsfonds werden die Investitionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern 2015 im Vergleich zum Vorjahr um fast 300 Milliarden auf 9,3 Billionen Dollar zurückgehen. Das ist allerdings immer noch ein starker Wert, lag die Investitionssumme in diesen Ländern doch im Jahr 2002 gerade einmal bei 1,7 Billionen Dollar. Seither gab es einen fast ununterbrochenen Investitionsboom, der sich erst seit 2014 abschwächt.

Deutlich negativer ist der aktuelle Investitionstrend in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften:

**In den Industrieländern werden die gesamten inländischen Bruttoinvestitionen von knapp 9,8 Billionen Dollar 2014 auf nur noch gut 9,2 Billionen Dollar in diesem Jahr sinken.**

Damit würde das zu Beginn der 2000er Jahre verzeichnete Investitionsniveau zwar nach wie vor um mehr als die Hälfte übertroffen – der vor der Finanz- und Wirtschaftskrise erzielte Rekord von annähernd 9,9 Billionen Dollar im Jahr 2008 bliebe aber weiterhin unangetastet.

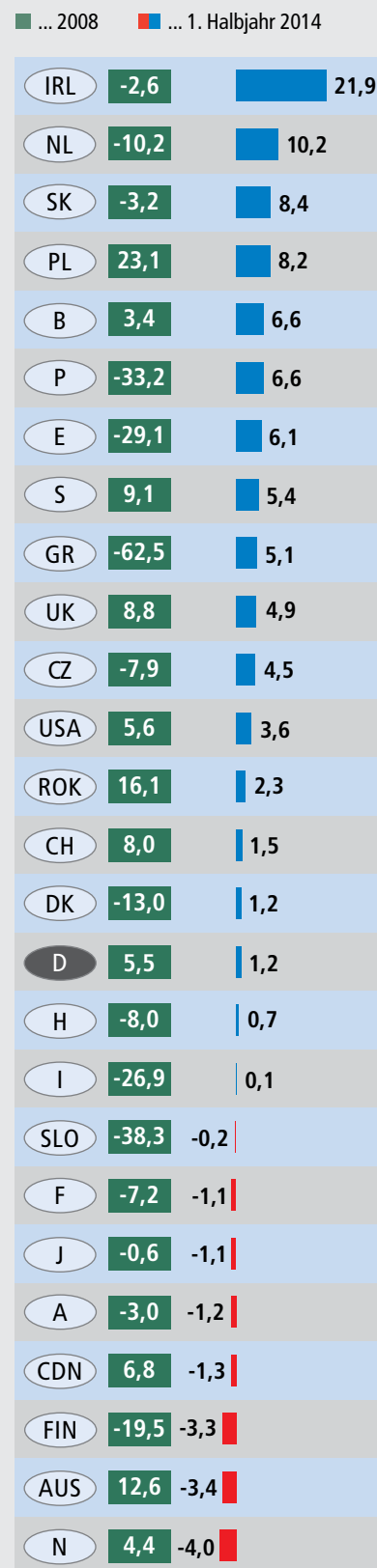
Gleichwohl war die Entwicklung in den einzelnen Ländern zuletzt sehr unterschiedlich (Grafik): Frankreich, Japan und Österreich zum Beispiel müssen Minuszahlen verkraften, während die Investitionen in Irland und den Niederlanden sogar zweistellig zugelegt haben. Zum Vergleich:

**In Deutschland lagen die Bruttoanlageinvestitionen im ersten Halbjahr 2015 preisbereinigt lediglich um 1,2 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums.**

Die weltweite Investitionsentwicklung ist gerade für die deutsche Wirtschaft relevant, weil sie stark auf die Produktion und den Export von Investitionsgütern ausgerichtet ist. Derzeit entfällt ungefähr ein Siebtel der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung auf die Investitionsgüterbranchen, so viel wie in kaum einem anderen Industrieland (vgl. iwD 15/2013). Geht die globale Investitionsgüternachfrage zurück, belastet das die hiesige Konjunktur daher spürbar.

## Investitionen international

Veränderung der durchschnittlichen realen Bruttoanlageinvestitionen im 1. Halbjahr 2015 gegenüber ... in Prozent



Ausgewählte OECD-Länder;  
ROK: Republik Südkorea  
Urspungsdaten: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

# Gründen leichter machen

**Bürokratie.** Seit 2006 hat die Bundesregierung zwar eine Reihe von administrativen Regelungen für Unternehmen vereinfacht oder gestrichen. Doch noch immer macht der Staat Firmengründern das Leben schwer. So können sie ihr Gewerbe nach wie vor nicht online anmelden und es fehlen zentrale Anlaufstellen, die sich um alle notwendigen Formalitäten kümmern.

Formulare bearbeiten, Daten an die öffentliche Verwaltung melden, Statistiken führen – all diese Aufgaben müssen Unternehmen in Deutschland aufgrund von rund 10.000 Bundesgesetzen erfüllen. Das kostet viel Zeit und Geld. Zwar hat der von der Bundesregierung initiierte Bürokratieabbau die Kostenbelastung der Unternehmen seit dem Jahr 2006 von nahezu 49 Milliarden auf 37 Milliarden Euro reduziert (vgl. iwD 22/2015). Doch in diesen Werten sind die Kosten für die inhaltliche Erfüllung staatlicher Auflagen noch gar nicht enthalten – darunter fallen nicht zuletzt die mit der Einführung des Mindestlohns verbundenen Mehrausgaben der Unternehmen in Höhe von 9,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Unternehmensgründer sind noch nicht einmal auf formaler Ebene entlastet worden. Nach Angaben der Weltbank brauchen sie in der Bundesrepublik besonders viel Geduld:

**Im Schnitt müssen Firmengründer in Deutschland neun Anträge bei Behörden stellen und 15 Tage warten, bis diese bearbeitet wurden.**

In den USA ist die Gründungsbürokratie nach fünf Tagen mit sechs Prozeduren erledigt und in Kanada

## Bürokratie: Was eine Firmengründung kostet

Wer in Deutschland ein Unternehmen gründen will, hat eine Reihe von bürokratischen Anforderungen zu erfüllen. Er muss nicht nur ein Gewerbe anmelden, sondern zum Beispiel auch die Steuernummer beantragen, das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft anmelden und die Betriebsnummer beantragen. Kapitalgesellschaften müssen ins Handelsregister eingetragen werden, Baubetriebe in die Handwerksrolle und für Gastronomiebetriebe ist eine Konzession erforderlich. All dies kostet Zeit und Geld.



	Baugewerbe	Gastgewerbe	Handel
Zeitaufwand in Minuten	169	131	124
Unterstellter Lohnsatz in Euro je Stunde	x 31,90	x 20,60	x 30,80
Zeitaufwand in Euro	= 89,70	= 44,92	= 63,60
Sachkosten in Euro	+ 29,33	+ 42,80	+ 63,47
Erfüllungsaufwand insgesamt in Euro	= 119,04	= 87,72	= 127,07
Staatliche Verwaltungsgebühren in Euro	+ 210,25	+ 174,61	+ 92,83
<b>Gesamtaufwand in Euro</b>	<b>= 329,29</b>	<b>= 262,33</b>	<b>= 219,90</b>

Datenerhebung zwischen 2012 und 2014; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwD 45

reicht eine Online-Anmeldung, so dass ein Jungunternehmer bereits nach zwei Tagen starten kann. Auch Österreich hat mittlerweile die Firmenanmeldung per Internet eingeführt – in Deutschland dagegen tut sich in dieser Hinsicht nichts.

Damit bleibt der Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit nicht nur ein langwieriges, sondern auch ein teures Vergnügen (Grafik):

**Im Handel zum Beispiel kostet es einen Unternehmensgründer im Schnitt allein fast 130 Euro, alle notwendigen Formalitäten zu erledigen. Rechnet man die Verwaltungsgebühren hinzu, beträgt der Aufwand sogar rund 220 Euro.**

Um 20 Prozent ließe sich der bloße Erfüllungsaufwand allerdings verringern, wenn flächendeckend zentrale Anlaufstellen für Firmen-

gründer eingerichtet würden – das hat ein Gemeinschaftsprojekt des Bundeswirtschaftsministeriums mit Verbänden und dem Statistischen Bundesamt herausgefunden. Im Branchendurchschnitt läge dieser Aufwand dann nur noch bei knapp 74 Euro statt bei 88 Euro – und eine erhebliche Zeitersparnis für die Jungunternehmer käme sicherlich noch hinzu.

Zwar gibt es infolge der EU-Dienstleistungsrichtlinie in den Bundesländern mittlerweile feste Ansprechpartner, an die sich Gründer mit ihren Fragen wenden können. Doch ein Ausbau dieser Stellen zu sogenannten One-Stop-Shops, die alle zur Firmengründung notwendigen Anträge und Genehmigungen gebündelt bearbeiten, lässt weiter auf sich warten.

# Solide Optimisten

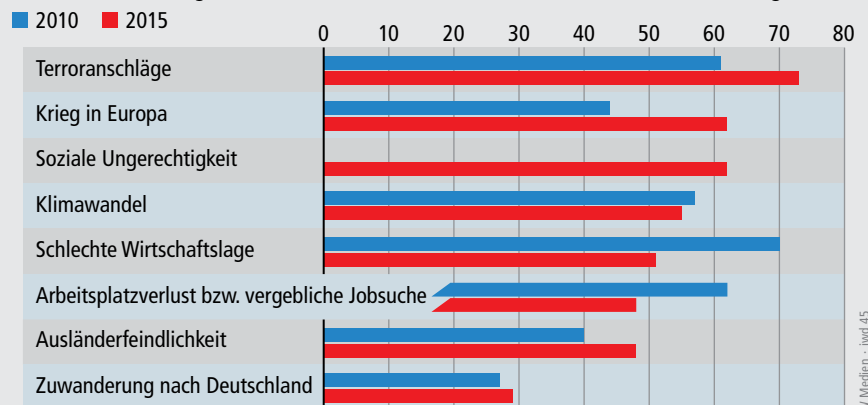
**Jugend.** Die heutigen 12- bis 25-Jährigen haben nicht nur weniger Sorgen als ihre Altersgenossen früherer Generationen, sondern auch ganz andere.

Trotz des schwierigen weltweiten Umfelds herrscht unter den jungen Leuten in Deutschland überwiegend Optimismus vor: 61 Prozent der Jugendlichen gehen derzeit davon aus, dass sie ihre eigene Zukunft meistern werden, nur 3 Prozent sind pessimistisch. Zu diesem Ergebnis kommt die 17. Shell Jugendstudie, für die Anfang dieses Jahres knapp 2.600 Jugendliche in Deutschland befragt wurden. In der Shell Jugendstudie von 2006 waren nur 50 Prozent der Jugendlichen optimistisch gestimmt.

Anders als früher schauen die jungen Leute heute auch stärker auf die Politik: Vier von zehn bezeichnen sich als „politisch interessiert“ – 2002 traf dies nur auf drei von zehn Jugendlichen zu. Auch die Zufriedenheit mit der Demokratie hierzu-

## Die Sorgen der Jugend

So viel Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren hatten bzw. haben davor Angst



Befragung von 2.558 Jugendlichen in Deutschland zwischen Januar und März 2015 bzw. 2.604 Jugendlichen im Jahr 2010; Quelle: Shell Jugendstudie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2015 IW Medien - iwd 45

lande ist von damals 60 Prozent auf aktuell 71 Prozent gestiegen.

Neben den Zukunftsaussichten und Einstellungen fragt die Studie auch regelmäßig nach den Ängsten der Jugendlichen. Bereits in der vorherigen Studie hatten die Forscher eine überwiegend positive Grundstimmung ausgemacht, die nun noch mal gestiegen ist (Grafik):

**Deutlich geringer geworden sind zuletzt die Ängste vor einer schlechten Wirtschaftslage und vor Arbeitslosigkeit – diese Sorgen standen 2010 noch an der Spitze der Nennungen.**

Aktuell sorgen sich die Jugendlichen am meisten vor Terroranschlägen, was vor allem auf das Charlie-Hebdo-Attentat im Januar zurückzuführen ist, vor einem Krieg in Europa – bedingt durch den Konflikt in der Ostukraine – und vor sozialer Ungerechtigkeit.

Während junge Männer sich eher Sorgen um praktische Belange wie

die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt machen, drehen sich die Sorgen junger Frauen eher um persönliche Schicksale (wie schwere Krankheiten) und die Gesellschaft, die von Umweltverschmutzung, steigender Armut und Klimawandel bedroht wird. Junge Frauen gehören auch öfter zu den Hochbesorgten, die sich in allen Themenbereichen große Sorgen machen, wohingegen junge Männer oft gar keine ernstzunehmenden Sorgen haben.

Die Grundstimmung wird aber nicht nur durch das Geschlecht beeinflusst, sondern auch durch die soziale Herkunft. So stellen Jugendliche der untersten Schicht anteilig die meisten Hochbesorgten und die wenigsten Optimisten: Nur 33 Prozent von ihnen glauben, dass ihnen eine erfolgreiche Zukunft beschert sein wird – von den Jugendlichen der oberen Schicht vertrauen darauf mehr als doppelt so viele.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein

**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Aboservice:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.